

Stadt Haan

Niederschrift über die

1. Sitzung des Ausschusses für Digitalisierung, Organisation und Personal der Stadt Haan

am Donnerstag, dem 11.03.2021 um 17:00 Uhr
in der Aula des Schulzentrums Walder Strasse

Beginn:
17:00

Ende:

Vorsitz

Stv. Jens Lemke

CDU-Fraktion

AM Anette Braun-Kohl

AM Manfred Kupke

online

AM Volker Lowitsch

online

Stv. Monika Morwind

online

SPD-Fraktion

AM Felix Blosser

online

Stv. Jörg Dürr

online

Stv. Bernd Stracke

WLH-Fraktion

AM Dr. Torsten Fritz

online

AM Thomas Höhne

AM Sonja Lütz

online

GAL-Fraktion

Stv. Uwe Elker

AM Nicola Günther

online

FDP-Fraktion

Stv. Michael Ruppert

Vertretung für AM Sawukaytis

Schriftführung

StAR Sabine Schumacher

Vertreter des Seniorenbeirates

Herr Karlo Sattler

Verwaltung

1. Beigeordneter Engin Alparslan

StOVR'in Doris Abel

StOVR Gerhard Titzer

VA Dominic Büsselmann

VA Stefan Hübner

Personalrat
VA Carsten Butz

Gleichstellungsbeauftragte
VA Nicole Krengel

Der Vorsitzende Jens Lemke eröffnet um 17:00 Uhr die 1. Sitzung des Ausschusses für Digitalisierung, Organisation und Personal der Stadt Haan. Er begrüßt alle Anwesenden und stellt fest, dass ordnungsgemäß zu der Sitzung eingeladen wurde. Er stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung öffentliche Sitzung

Zu TOP 1.4. zweifelt **Stv. Ruppert** die Beschlussfähigkeit aufgrund der coronabedingten Sollstärke an. Er erläutert, dass er die Kommunalaufsicht diesbezüglich bereits um Prüfung gebeten habe, das Ergebnis liege jedoch noch nicht vor. Unabhängig von dem Ergebnis weist er darauf hin, dass sich dies nicht auf den DOPA auswirke, da alle Tagesordnungspunkte noch im HFA beschlossen werden müssten.

Zu TOP 1.5. lässt der Vorsitzende **Stv. Lemke** über den Antrag der WLH, die Beratung des TOP 7.13. in den HFA zu schieben, abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich abgelehnt
7 Ja / 10 Nein / 0 Enthaltungen

Öffentliche Sitzung

1./ Formalien

1.1. Eröffnung der Sitzung

/

1.2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung

/

1.3. Feststellung der Anwesenheit

/

1.4. Feststellung der Beschlussfähigkeit

/

1.5. Feststellung der Tagesordnung

/

2./ Bestellung der Schriftführung Vorlage: 10/042/2021

Beschluss:

Als Schriftführerin für die Sitzungen des Ausschusses für Digitalisierung, Organisation und Personal (DOPA) der Stadt Haan wird Frau StAR'in Sabine Schumacher bestellt.

Als stellvertretender Schriftführer für die Sitzungen des Ausschusses für Digitalisierung, Organisation und Personal (DOPA) der Stadt Haan wird Herr StOI Daniel Jonke bestellt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

3./ Vorstellung des Digitalisierungsbeauftragten der Stadt Haan und aktuelle/geplante Digitalisierungsprojekte

Protokoll:

Der Digitalisierungsbeauftragte der Stadt Haan, **Herr Hübner**, stellt sich dem Ausschuss kurz persönlich vor.

(Hinweis der Verwaltung: die von Herrn Hübner präsentierte Übersicht zu den aktuellen bzw. geplanten Digitalisierungsprojekten wird auf Wunsch des Ausschusses im RIS hinterlegt)

Der **Vorsitzende des Seniorenbeirats Sattler** weist darauf hin, dass es in Haan noch mehr als 5.000 Menschen ohne Internet gebe und fragt, ob diese zukünftig auch noch Anträge in Papierform bekommen könnten.

Herr Hübner bejaht die Frage.

Stv. Braun-Kohl fragt, ob die Digitalisierung der Verwaltung angepasst werde und möchte noch Informationen zur Stadt-App.

StOVR Titzer erläutert, dass die Verwaltung für eine effizientere Erledigung der Aufgaben komplett digitalisiert werde. Der Ausbau des Dokumentenmanagementsystems (DMS) dauere jedoch mehrere Jahre, die Kolleginnen und Kollegen müssten mitgenommen und geschult werden.

Stv. Stracke regt an, dass mindestens einmal jährlich ein Bericht im DOPA erstattet werde.

Herr Hübner schlägt vor, dass, anstatt eine Vielzahl an Apps (Mängelmelder, Bürgerbeteiligung, News, Online-Dienstleistungen...) für die Stadt Haan einzuführen, diese auf eine minimale Anzahl, jedoch mit mehr Funktionen, zu reduzieren. Weiter erklärt er, dass der Wartungsaufwand, die Integrations- und Anpassungskosten und die Akzeptanz der Bürgerschaft bei einer einzelnen App für die Stadt Haan vorteilhafter seien.

4./ Rats- und Ausschusssitzungen im Livestream hier: Antrag der WLH-Fraktion vom 24.11.2020

Protokoll:

Stv. Höhne erläutert den Anlass dieses Antrags, nämlich Menschen und Bürger für die politischen Angelegenheiten zu interessieren und sie mitzunehmen. Er verspricht sich eine große Teilnahme der Bürgerinnen und Bürger, wenn sie Sitzungen von zu Hause aus verfolgen könnten.

Stv. Ruppert sympathisiert grundsätzlich mit dem Antrag. Er meint aber, dass eine solche Entscheidung einvernehmlich getroffen werden sollte. Jedes Mitglied eines Ausschusses müsse aus rechtlichen Gründen einverstanden sein. Er fragt nach den finanziellen Mitteln und dem Nutzenverhältnis zum Aufwand. Er habe die Erfahrung gemacht, dass das Interesse der Bevölkerung an solchen Angeboten sehr gering sei. Die die sich interessieren, können auch persönlich an den Sitzungen teilnehmen.

Stv. Braun-Kohl hält Transparenz für die Bürger für sehr wichtig und könne sich einen Livestream vorstellen. Einige Fraktionskollegen hätten diesen Vorschlag aber bereits abgelehnt. Sie bittet darum, das Interesse der Bürger in anderen Städten zu erkunden.

Stv. Stracke kann sich einen Livestream grundsätzlich auch vorstellen, fragt aber, ob die Möglichkeit des Mitschnitts bestehe. Sollte dies der Fall sein, dann sei man nicht mehr Herr der eigenen Bilder. Des Weiteren fragt er, ob es technisch möglich sei, die Übertragung zu unterbrechen, wenn ein Teilnehmer nicht einverstanden sei. Wenn dann Teile der Debatte herausgeschnitten würden, könne der Sinn völlig verstellt werden. Er bittet ebenfalls um Prüfung, wie dies in anderen Städten sei.

Der **Personalratsvorsitzende Butz** verweist auf die bereits vor einiger Zeit geführte Diskussion zum Thema Tonbandaufzeichnungen. Er werde alle Kolleginnen und Kollegen über die Möglichkeit der Ablehnung aufklären. Ausgehend davon, dass hiervon Einige Gebrauch machen werden, fragt er, wie die Kameraführung funktionieren solle, wenn nicht alle aufgenommen werden wollten. Auch beim Ton sehe er Schwierigkeiten.

Stv. Elker möchte den Antrag in den nächsten DOPA schieben und bittet bis dahin um Prüfung.

Stv. Höhne schließt sich **Stv. Elker** an.

StOVR Titzer weist darauf hin, dass es für die Durchführung eines Livestreams einer professionellen technischen Ausstattung bedürfe. Die technischen Leistungen seien von Verwaltungsmitarbeitern nicht zu erbringen und es entstünden erhebliche zusätzliche Kosten für die technische Ausstattung und für zusätzliches Personal. Des Weiteren gebe es Unmut bei den Bürgern, sollte es technische Probleme geben. Die Zusammenhänge der Beratungen sind wegen der möglichen Unterbrechungen letztlich nur im Protokoll zu erkennen.

Der **Vorsitzende Stv. Lemke** schlägt vor, im nächsten DOPA über den Antrag zu entscheiden.

Stv. Stracke bittet um einen Beschluss, dass der Antrag mit den entsprechenden Möglichkeiten geprüft und vorgestellt werden soll.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, eine entsprechende Vorlage zu erarbeiten und zur übernächsten Sitzung des Ausschusses für Digitalisierung, Organisation und Personal (DOPA) vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

5./ digitale Plattform „Mitmachen und Mitgestalten in Haan“ hier: Antrag der WLH-Fraktion vom 14.01.2021

Protokoll:

Stv. Elker erläutert für die GAL, dass diese nicht uninteressiert sei, fragt aber, was mit den Menschen sei, die kein Internet haben. Des Weiteren möchte er gerne mehr Details aus Monheim erfahren.

StOVR Abel berichtet, dass sich die Verwaltung bereits in Monheim erkundigt habe und die genannten 5.000 € bei weitem nicht ausreichten.

Herr Hübner berichtet, dass die Anschaffungskosten nach Aussage der Stadt Monheim bei 140.000 € und die jährlichen Kosten bei 60.000 € lägen. Des Weiteren gebe es 2,5 zusätzliche Stellen in der Verwaltung. Hinzu kommen noch Kosten für die Umsetzung der einzelnen Projekte.

Stv. Ruppert fragt, was die Verwaltung dazu vorhabe.

StOVR Titzer erläutert, dass der Antrag der CDU aus 2020 zum Thema „Ideeengeber“ in der App verankert werden könne.

Stv. Braun-Kohl meint, dass man die Verwaltung erstmal arbeiten lassen solle und die CDU den Antrag deshalb ablehne.

Stv. Stracke meldet Beratungsbedarf an und bittet darum, den Antrag in den HFA zu verschieben.

Stv. Höhne schließt sich Stv. Stracke an.

Beschluss:

Die SPD-Fraktion hat Beratungsbedarf angemeldet. Eine Beschlussempfehlung an den Haupt- und Finanzausschuss und den Rat erfolgt daher nicht.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

6./ Fertigstellung der integrierten kommunalen Nachhaltigkeitsstrategie Vorlage: WTK/004/2021

Protokoll:

Der **Vorsitzende Stv. Lemke** fragt, ob es Änderungswünsche zur Vorlage gebe.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Haan beschließt die Haaner Nachhaltigkeitsstrategie. Er beauftragt die Stadtverwaltung gemeinsam mit Akteuren aus der Politik, Wirtschaft sowie Zivil- und Stadtgesellschaft (Steuerungsgruppe GNK Haan) mit der Umsetzung der Ausarbeitungen und Begleitung derselben.

Die Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie wird mit einem Berichtswesen und Monitoring verbunden.

Die für den Prozess gegründete Organisationsstruktur (Koordination, Kernteam und Steuerungsgruppe) wird beibehalten und auf den weiteren Prozess (Umsetzung, Monitoring, Evaluation) ausgerichtet.

Die Haaner Nachhaltigkeitsstrategie wird fortgeschrieben (2. Umsetzungszeitraum: 2026 – 2030), um konstant an einer nachhaltigen Stadtentwicklung zu arbeiten.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

**7./ Stellenplan der Stadt Haan für das Jahr 2021
Vorlage: 10/032/2020**

Protokoll:

Der **Vorsitzende Stv. Lemke** bedankt sich ausdrücklich bei der Verwaltung für die Erstellung des Haushalts- und Stellenplans. Die Abstimmung über diesen TOP erfolgt erst nach TOP 8.

Beschlussvorschlag:

Der Stellenplan für das Haushaltsjahr 2021 wird entsprechend dem in Anlage 1 beigefügten Verwaltungsentwurf verabschiedet.

Den unter 2.8 aufgeführten personalwirtschaftlichen Maßnahmen wird, mit Ausnahme der Sachverhalte des TOP 7.12 „Ausweitung des Stellenanteils der Stelle 32/19“ und TOP 8 „Neuorganisation des Amtes 61“, zugestimmt.

Die Einrichtung von neuen Planstellen ist aufgrund des Ratsbeschlusses vom 12.05.2015 (TOP 9.2.2) weiterhin nur in begründeten Ausnahmefällen mit Zustimmung des Rates zulässig.

Überstunden sind nur gegen Freizeitausgleich zu genehmigen. Ausnahmen können mit Zustimmung des Rates zugelassen werden (Beschluss des Rates vom 12.05.2015, TOP 9.2.2).

Die vom Rat der Stadt Haan in seiner Sitzung am 18.12.2018 beschlossene Auszahlung der anfallenden Überstunden im Brandschutz sowie im Krankentransport- und Rettungsdienst bis zum 31.12.2020 soll bis zum 31.12.2022 verlängert werden.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich angenommen
12 Ja / 1 Nein / 4 Enthaltungen

7.1. Stellenplanberatungen - Stellenplan 2021
/ **Einrichtung eines Stellenanteils von 1,0 (EG 9a) in der IT-Abteilung (IT-Support an Schulen und Digitalisierung an Schulen)**
Vorlage: 10/015/2021

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Haan beschließt zur Unterstützung des IT-Support und für die Digitalisierungsunterstützung an den Haaner Schulen einen Stellenanteil von 1,0 für einen/eine IT-Fachinformatiker/in im Stellenplan 2021 einzurichten.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

7.2. Stellenplanberatungen - Stellenplan 2021
/ **Einrichtung eines Stellenanteils von 1,0 in der IT-Abteilung (Digitalisierung der Verwaltung und Dokumentenmanagementsystem)**
Vorlage: 10/014/2021

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Haan beschließt für die Einführung eines Dokumentenmanagementsystems und zur Umsetzung von Digitalisierungsprojekten der Stadtverwaltung Haan im Stellenplan 2021 eine zusätzliche Stelle mit einem Stellenanteil von 1,0 (EG 11) einzurichten.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

7.3. Stellenplanberatungen - Stellenplan 2021
/ **Einrichtung eines Stellenanteils von 1,0 in der Organisationsabteilung Organisations- und Digitalisierungssachbearbeiter*in (EG 10)**
Vorlage: 10/011/2021

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Haan beschließt eine Stelle als Organisations- und Digitalisierungsberater/-in mit einem Stellenanteil von 1,0 (EG 10) im Stellenplan 2021 einzurichten.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen
16 Ja / 0 Nein / 1 Enthaltung

**7.4. Stellenplanberatungen - Stellenplan 2021
/ Einrichtung eines Stellenanteils von 1,0 für das Zentrale
Beschwerdemanagement der Stadt Haan
Vorlage: 10/012/2021**

Protokoll:

Stv. Stracke geht nach der Stellenbeschreibung davon aus, dass diese Aufgaben von Frau Kunders erledigt werden.

Stv. Ruppert kann den Antrag schwer nachvollziehen, weil das Eingehen auf Beschwerden zum normalen Geschäft der Verwaltung gehöre.

StOVR Titzer erläutert, dass man diese Stelle nicht mit der von Frau Kunders - Bürgerdialog- verwechseln dürfe, weil diese ausschließlich nach außen hin arbeite. In den vergangenen Jahren habe es immer wieder Beschwerden darüber gegeben, dass eingereichte Beschwerden nicht bearbeitet worden seien. Heutzutage sei es aufgrund der mobilen Technik für die meisten viel einfacher sich zu beschweren, so dass sich die Anzahl der Beschwerden in den letzten Jahren erheblich vermehrt habe. Aufgrund der Menge der Beschwerden bedürfe es mehr Zeit, die Bürger möchten verständliche Erklärungen bekommen. Die neue Stelle solle die verschiedenen beteiligten Stellen koordinieren, damit die Bürger zufriedengestellt werden könnten. Dies sei mit dem vorhandenen Personal nicht möglich.

Stv. Elker befürwortet die Stelle, fragt aber, ob man nicht zunächst mit einer halben Stelle starten könne.

Stv. Stracke stellt fest, dass es zwar mehr Mails, dafür aber weniger Post gebe. Er fragt, ob man nicht evtl. eine Stelle umwidmen könne. Ziel sei mal gewesen, Personal einzusparen. Stattdessen gebe es immer mehr Personal. Im letzten FOA seien zwei für das Ordnungsamt beantragte Stellen wegen Platzmangels abgelehnt worden und er fragt, wie es mit dem Platz für die Beschwerdestelle aussehe?

Stv. Braun-Kohl bestätigt, dass sich die Bürger heutzutage tatsächlich viel schneller und häufiger beschwerten. Die Bürger müssten die Sicherheit haben, dass die Beschwerden bearbeitet werden, so dass die CDU die Einrichtung dieser Stelle unterstütze.

Der **Personalratsvorsitzende Butz** möchte dem Eindruck entgegenwirken, dass manche meinten, dass die vorhandenen Mitarbeiter noch zusätzliche Aufgaben übernehmen könnten. Die Kollegen seien mehr als ausgelastet.

Den Vorschlag mit der halben Stelle könne er grundsätzlich nachvollziehen, jedoch werde man, sollte ein Mehrbedarf festgestellt werden, einen zweiten Teilzeitmitarbeiter einstellen müssen, weil die erste Teilzeitkraft wahrscheinlich nicht auf Vollzeit aufstocken würde.

StOVR Titzer erläutert, dass es in der Organisationsabteilung drei Mitarbeiter gebe, wovon einer als Telekommunikationstechniker ständig in Schulen und anderen Gebäuden unterwegs sei. Die beiden verbleibenden Mitarbeiter seien anderweitig ausgelastet.

Zur vorgeschlagenen Umwidmung der Stelle stellt er fest, dass ein Mitarbeiter in der Postdienststelle mit EG 5 oder 6 vergütet werde und dieser inhaltlich keine Beschwerden bearbeiten könne. Zur Platzsituation erläutert er, dass es noch einen einzigen freien Arbeitsplatz in der Organisationsabteilung gebe.

Stv. Höhne findet die Idee grundsätzlich gut, fragt aber, ob jemand tatsächlich acht Stunden täglich ausgelastet wäre. Er schlägt vor, zunächst mit einer halben Stelle anzufangen und später evtl. eine zweite halbe Stelle einzurichten. Dann sei auch eine gegenseitige Vertretung möglich.

Stv. Elker bittet um Mitteilung, wie viele Beschwerdefälle es in der Vergangenheit gegeben habe (Hinweis der Verwaltung: StOVR Titzer hat hierzu im HFA vom 23.03. berichtet).

StOVR Abel bestätigt für die Verwaltung, dass der Anspruch ans Tempo tatsächlich immer größer werde und die Einrichtung dieser neuen Stelle deshalb sehr wichtig sei.

StOVR Titzer stellt fest, dass zwei Teilzeitkräfte räumlich nicht untergebracht werden können. Hinzu käme, dass Teilzeitkräfte häufig nur vormittags arbeiteten und die Beschwerden nachmittags nicht bearbeitet werden könnten und dies wieder eine längere Wartezeit mit sich brächte.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Haan beschließt die Aufnahme einer Vollzeitstelle (EG 9a) im Stellenplan 2021 für den Aufbau eines Zentralen Beschwerdemanagement in der Organisationsabteilung.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich angenommen
9 Ja / 1 Nein / 7 Enthaltungen

7.5. Stellenplanberatungen - Stellenplan 2021
/ Einrichtung eines Stellenanteils von 1,0 als Elektrofachkraft (EG 6)
Vorlage: 10/013/2021

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Haan beschließt die Aufnahme eines Stellenanteils von 1,0 für eine Elektrofachkraft (EG 6) im Stellenplan 2021.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich angenommen
12 Ja / 4 Nein / 1 Enthaltung

7.6. Stellenplanberatungen - Stellenplan 2021
/ Einrichtung eines Stellenanteils von 0,7 für Kindergartenangelegenheiten
im Jugendamt
Vorlage: 10/019/2021

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Haan beschließt die Aufnahme eines Stellenanteils von 0,7 für den Bereich der „Kindergartenangelegenheiten“ (EG 9a) im Stellenplan 2021 aufzunehmen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

7.7. Stellenplanberatungen - Stellenplan 2021
/ Einrichtung eines zusätzlichen Stellenanteils von 0,5 im
Bezirkssozialdienst,
Sozialarbeiter/Sozialarbeiterin
Vorlage: 10/033/2021

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Haan beschließt einen zusätzlichen Stellenanteil von 0,5 im Bezirkssozialdienst für den Bezirk Gruiten im Stellenplan 2021 einzurichten.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

7.8. Stellenplanberatungen - Stellenplan 2021
/ Einrichtung eines Stellenanteils von 1,0 für eine*n Verkehrsingenieur*in
für das Tiefbauamt
Vorlage: 10/027/2021

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Haan beschließt eine Vollzeitstelle „Verkehrsingenieur/-in“ im Stellenplan 2021 (EG 11) aufzunehmen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen
16 Ja / 0 Nein / 1 Enthaltung

7.9. Stellenplanberatungen - Stellenplan 2021
/ Einrichtung von zwei Vollzeitstellen im Gebäudemanagement
(Projektleiter/-in und Sachbearbeiter/-in in der Bauunterhaltung)
Vorlage: 10/016/2021

Protokoll:

Stv. Höhne fragt, ob statt 2 auch 1,5 Stellen reichen würden?

Der **Leiter des Gebäudemanagements Schmitz** erläutert, dass der Vorlage ein Multiprojektplan (MPP) beigefügt sei, anhand dessen der Bedarf abgelesen werden könne. Es handele sich hierbei um gesetzliche Aufgaben, die nicht mit anderthalb Stellen erledigt werden könnten.

Der **1. und technische Beigeordnete Alparslan** erläutert, dass er immer darauf geachtet habe, den Stellenplan nicht überzustrapazieren. Jetzt sei es jedoch so, dass die Aufgabenerledigung durch das vorhandene Personal aufgrund der gestiegenen Projekte nicht möglich sei. Als Beispiel führt er an, dass der letzte UMA ca. 30 Tagesordnungspunkte hatte und die Bearbeitung ohne einen Verkehrsingenieur nicht möglich sei.

Stv. Braun-Kohl bedankt sich für den MPP und stellt fest, dass die meisten Kreuzchen bei der Politik zu finden seien. Demnach müsste sich die Politik mit Aufträgen zurückhalten. Dies sei aber schwierig, auch weil kein Sanierungsstau entstehen solle. Deshalb sei mehr Personal erforderlich.

Beschlussvorschlag:

1. Der Rat der Stadt Haan beschließt die Aufnahme eines zusätzlichen Stellenanteils von 1,0 für eine/n Projektleiter/-in (EG 12) im Amt für Gebäudemanagement (Amt 65) im Stellenplan 2021.
2. Der Rat der Stadt Haan beschließt die Aufnahme eines zusätzlichen Stellenanteils von 1,0 für einen/eine Sachbearbeiter/-in für die Bauunterhaltung (EG 10) im Amt 65 im Stellenplan 2021.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen
16 Ja / 0 Nein / 1 Enthaltung

7. Stellenplanberatungen - Stellenplan 2021
10./ Erhöhung des Stellenanteils der Stelle 40/10 um 0,3 auf 0,8
Vorlage: 10/024/2021

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Haan stimmt der Erhöhung des Stellenanteils der Stelle 40/10 um 0,3 auf 0,8 zu.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen
16 Ja / 0 Nein / 1 Enthaltung

7. Stellenplanberatungen - Stellenplan 2021

11./ Ausweitung des Stellenanteils der Stelle 65/16 von 0,7 auf 0,9

Vorlage: 10/020/2021

Beschluss:

Der Rat der Stadt Haan stimmt der Ausweitung des Stellenanteils von 0,7 auf 1,0 bei der Stelle 65/16 (EG 8) im Gebäudemanagement mit Stellenplan 2021 zu.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

7. Stellenplanberatungen - Stellenplan 2021

12./ Ausweitung des Stellenanteils der Stelle 32/19 von 0,6 auf 1,0

Vorlage: 10/021/2021

Protokoll:

Stv. Elker meint, dass im Ordnungsamt keine halbe Stelle zusätzlich zur Verfügung gestellt werden müsste, weil im Bauverwaltungsamt eine zusätzliche halbe Stelle eingerichtet werde, welche die Gebührenberechnung des Ordnungsamtes übernehme. Somit würden im Ordnungsamt Kapazitäten freierwerden.

Der **1. und technische Beigeordnete Alparslan** erläutert, dass an den Stellen, wo die Arbeit jetzt stattfindet, derzeit Überstunden entstünden.

StOVR Titzer bestätigt das Entstehen der Überstunden und verweist auf den Ratsbeschluss, wonach diese nicht ausgezahlt werden dürften.

Der **Personalratsvorsitzende Butz** weist darauf hin, dass der betreffende Kollege aufgrund der Vielzahl an Überstunden dringend geschützt werden müsse.

Stv. Elker möchte hierzu eine Begründung (Hinweis der Verwaltung: StORR Rennert hat hierzu im HFA am 23.03.2021 berichtet).

StOVR Titzer erläutert, dass die Aufgaben im Außendienst des Ordnungsamtes und die Aufgabe der Gebührenberechnung völlig unterschiedlich seien. Er regt an, dass StORR Rennert im kommenden HFA Stellung nehmen könne.

Beschluss:

Der TOP wurde aufgrund noch offener Fragestellungen in die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses verwiesen.
Eine Beschlussempfehlung seitens des DOPA erfolgt daher nicht.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

7. Stellenplanberatungen - Stellenplan 2021
13./ Stelle der Amtsleitung des Ordnungsamtes, Stelle 32/1
Vorlage: 10/023/2021

Beschlussvorschlag:

1. Der Rat spricht sich für die bestehende Organisation des Ordnungsamtes (Amt 32) aus.
2. Der Rat beschließt, die Planstelle der Amtsleitung des Ordnungsamtes mit dem Stellenwert der Besoldungsgruppe A 15 im Stellenplan 2021 zu belassen und die Stelle nach Ausscheiden des Stelleninhabers mit einer Volljuristin/einem Volljuristen zu besetzen.
3. Der KW-Vermerk im Stellenplan an der Stelle 32/1 wird aufgehoben.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich angenommen
14 Ja / 3 Nein / 0 Enthaltungen

7. Stellenplanberatungen - Stellenplan 2021
14./ Streichung des "kw-Vermerk" bei der Stelle 61/15
Vorlage: 10/022/2021

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Haan beschließt die Streichung des KW-Vermerks der Stelle 61/15 und spricht sich für die Beibehaltung der Stelle im Stellenplan 2021 aus.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen
16 Ja / 0 Nein / 1 Enthaltung

7. Stellenplanberatungen - Stellenplan 2021

**15./ hier: Einrichtung eines zusätzlichen Stellenanteils von 0,5 im
Bauverwaltungsamt für die Gebührenkalkulation
Vorlage: 10/041/2021**

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Haan beschließt die Aufnahme eines Stellenanteils von 0,5 (EG 10) im Bauverwaltungsamt für die Gebührenkalkulation.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen
16 Ja / 0 Nein / 1 Enthaltung

7. Stellenplanberatungen - Stellenplan 2021

**16./ Einrichtung eines Stellenanteils von 0,5 für einen Hausmeister in den
städtischen Kita's
Vorlage: 10/018/2021**

Protokoll:

Stv. Ruppert stellt fest, dass in der Überschrift der Tagesordnung 2,5 Stellen stehen, in der Begründung jedoch nur zwei halbe Stellen?

StOVR Titzer erläutert, dass es sich bei den 2,5 Stellen um einen Tippfehler handele. Die in der Begründung genannten beiden halben Stellen seien richtig.

Beschlussvorschlag:

Der Rat stimmt der Einrichtung eines Stellenanteil für eine Teilzeitstelle Hausmeister (EG 6) Kita's mit einem Stellenanteil von 0,5 im Stellenplan 2021 zu.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

**7. Flüchtlings- und Obdachlosenbetreuung in Haan mit städtischem
17./ Personal
Vorlage: 50/035/2020/2**

Protokoll:

Stv. Stracke hält für die SPD fest, dass diese die Erledigung der Aufgaben durch eigenes Personal für einen Fehler halte.

Beschlussvorschlag:

Alternative III: Das SIM wird ab dem 01.01.2022 vollständig mit eigenem Personal durchgeführt. Hierfür werden in der Abteilung 50-2 (Asyl) drei unbefristete Vollzeitstellen neu geschaffen. Vgl. Vorlage Nr. 50/035/2020 und 50/035/2020/1.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich angenommen
9 Ja / 8 Nein / 0 Enthaltungen

**8./ Neuorganisation des Amtes 61
hier: Teilung des Amtes 61 Stadtplanung und Bauaufsicht in die Ämter 61
„Stadtplanung und Vermessung“ sowie Amt 63 „Bauaufsicht und
Denkmalschutz“
Vorlage: 10/040/2021**

Protokoll:

Stv. Elker erklärt, dass er die Diskussion bzw. Abstimmung im SPUBA hinsichtlich einer halben Stelle nicht verstanden hätte und bittet um Klärung.

Der **1. und technische Beigeordnete Alparslan** erläutert, dass er im SPUBA gesagt habe, dass er sich die Erledigung der Aufgaben der Amtsleitung in der Bauaufsicht auch mit einer halben Stelle vorstellen könne. Ob sich dafür aber jemand finden ließe, könne er nicht sagen.

StOVR Titzer liest zur weiteren Klärung eine Mail von StORR Rennert vor:

„Da eine volle Stelle die halbe Stelle einschließt, ist diese Empfehlung die weitergehende. Herr Dürr hätte erst über die volle Stelle und nicht über den Änderungsantrag abstimmen lassen sollen. Dann hätte sich der Änderungsantrag erledigt. Im Ergebnis ist dies aber unbedeutend, weil es sich um eine unverbindliche Empfehlung des Fachausschusses handelt.“

Stv. Elker beantragt, dass die Ausschreibung auf eine mögliche Teilzeit hinweist, ohne dass zwei Teilzeitkräfte gefunden werden müssten.

Der **Vorsitzende Stv. Lemke** fasst zusammen, dass das Thema einvernehmlich in den HFA geht und vorher von der Verwaltung präzisiert werde.

Beschluss:

Der TOP wurde aufgrund noch offener Fragestellungen in die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses verwiesen.

Eine Beschlussempfehlung seitens des DOPA erfolgt daher nicht.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

9./ Haushaltsplanberatungen 2021; Digitalisierung, Organisation und Personal Vorlage: 20/008/2021

Protokoll:

StOVR Abel fragt, ob alles im Paket beschlossen werden könne.

Der **Vorsitzende Stv. Lemke** trägt alle Veränderungsanträge kurz einzeln vor.

Abstimmungsergebnis zu den Veränderungsanträgen der Verwaltung:

einstimmig angenommen

P 13 Antrag CDU:

Stv. Braun-Kohl teilt mit, dass sie in verschiedenen Städten recherchiert habe und es dort überall zwischen 2.500 und 5.000 Follower gegeben habe. Es gebe also offensichtlich ein großes Interesse der Bürgerinnen und Bürger.

Stv. Stracke hält den Antrag für nicht zielführend.

Stv. Elker schließt sich Stv. Stracke an. Darüber hinaus möchte er der Verwaltung die Qualität der Beiträge auf Facebook ersparen.

Stv. Höhne schließt sich ebenfalls an und meint, dass Frau Kunderts doch sicher auch mal den einen oder anderen Beitrag schreiben könne.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich abgelehnt
6 Ja / 11 Nein / 0 Enthaltungen

P 14 Antrag CDU:

Stv. Braun-Kohl stellt fest, dass die Stadt bereits gute Erfahrungen mit den sog. § 16 i Kräften gemacht habe. Diese Möglichkeit biete eine gute Möglichkeit der Wiedereingliederung von Langzeitarbeitslosen. Diese Möglichkeit sei zunächst kostenneutral, später gebe es geringfügig weniger Erstattung (die ersten beiden Jahre 100%, im dritten Jahr 90%, im vierten Jahr 80% und im fünften Jahr 70%).

Stv. Stracke hätte sich eine Stellungnahme der Verwaltung gewünscht, ob die Kräfte -vor allem langfristig- überhaupt gebraucht würden.

Der **1. und technische Beigeordnete Alparslan** berichtet von sehr guten Erfahrungen am Betriebshof. Arbeit gebe es dort genug, so dass es ein hohes Interesse an diesen Kräften gebe. Aufgrund des Altersdurchschnittes im Betriebshof gebe es auch gute Perspektiven für eine Dauerbeschäftigung.

Stv. Elker fragt, was nach der Förderung geschehe?

Stv. Höhne fragt, ob es eine Übernahmeverpflichtung gebe?

Stv. Ruppert würde nur zustimmen, wenn die Stellen einen kw-Vermerk erhielten.

StOVR Titzer erläutert, dass die Arbeitsverhältnisse für einen längeren Zeitraum als ein Jahr geplant seien und diese deshalb im Stellenplan ausgewiesen werden müssten. Eine Übernahmeverpflichtung gebe es nicht. Die § 16 i Kräfte würden sowohl vom Jobcenter als auch durch eigene Kräfte begleitet und die bisherigen Erfahrungen seien gut. Die Aufnahme eines kw-Vermerks befürwortet er nicht. Die Politik müsse später entscheiden, ob diese Kräfte nach Ablauf der 100%igen Förderung bleiben sollen. Wenn eine freie Stelle zur Verfügung stehe, wäre das ohnehin möglich. Andernfalls müsse eine separate Entscheidung getroffen werden.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

Stv. Braun-Kohl bedankt sich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die vor allem und trotz Corona alle Aufgaben gestemmt hätten. Sie bittet darum, den Dank weiterzugeben.

Beschlussvorschlag:

Für den Zuständigkeitsbereich des Ausschusses für Digitalisierung, Organisation und Personal werden die in den Produkten genannten Ansätze des Ergebnis- und Finanzplanes wie im vorliegenden Haushaltsplanentwurf 2021 ausgewiesen dem Haupt- und Finanzausschuss zur Beschlussfassung empfohlen.

Über vorliegende Veränderungsanträge zum Haushalt wird nach Beratung eine Empfehlung ausgesprochen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen
16 Ja / 0 Nein / 1 Enthaltung

10./ Beantwortung von Anfragen

Protokoll:

Es liegen keine Anfragen vor.

11./ Mitteilungen

Protokoll:

Es liegen keine Mitteilungen vor.